

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

Mus den Lannen

Fernsprecher
Nr. 11

Amisblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Wojagspreis: 20 Pfennig 40 Wochenlang. Die Abonnenten zahlen 10 Wochenlang. Bei Nicht-
erhalten der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung.
Anzeigenpreis: Die halbjährliche Anzeige kostet 6 Wochen. —
Helle aber deren Raum 12 Wochenlang. Die Reklamizelle 35 Wochenlang.
Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 10

Altensteig, Dienstag den 13. Januar.

Jahrgang 1925

Politische Streiflichter

Vom Dezember 1923 bis zum Januar 1925 hat der Reichskanzler Marx an der Spitze der Reichsregierung gestanden. Die endgültige Aufgabe seines Versuchs, ein Reichsabkommen zusammenzubringen, beendet die Aera Marx, die verhältnismäßig lange bestanden hat bei dem in Deutschland seit 1918 großen Vertrauen an Ministern. Dies beruht auf der persönlichen Wertschätzung, deren sich Marx im öffentlichen und politischen Leben erfreuen durfte.

Das tatsächliche die Parteien heute den ausschlaggebenden Einfluß auf die Regierungsbildung haben, auch wenn sie voll in doktrinarischen Auffassungen über den Parlamentarismus befangen sind, ergibt die neue Situation bei der Regierungsbildung in Berlin. Reichsfinanzminister Dr. Luther hat am Samstag und Sonntag mit den maßgebenden Parteiführern Konferenzen und Besprechungen abgehalten, ohne den offiziellen Auftrag zur Regierungsbildung angenommen zu haben. Er ist dabei aber keinen Schritt weiter gekommen als Marx bei seinen Versuchen.

Der 10. Januar hat als schwarzester Tag in der deutschen Geschichte der beiden letzten Jahre die Nicht-Annahme von Köln in seinen Letztern. Franzosen und Belgier haben unter Nichtachtung von Vertrag und Recht die Besetzung der nördlichen Rheinlandzone aufrechterhalten und die Verbände mächtig haben dies gebilligt unter Zufügung weiteren Rechts an Deutschland in der Entlohnungsfrage. Der 10. Januar hat auch handelspolitisch keine Bedeutung für die Zukunft Deutschlands Pflicht zur einseitigen Gewährung der Meistbegünstigung an die Unterzeichner des Versailler Vertrags ist zu Ende. In London boten uns die beiden größten Gegner, England und Frankreich, einen Handelsvertrag an. Aber wirklich beendet ist nur der englische Handelsvertrag, ein Meistbegünstigungsvertrag, wie wir ihn forderten. Auch mit Italien schreiten die Verhandlungen auf ähnlicher Grundlage günstig fort und für die Zeit bis zum 31. März ist unterdessen ein Provisorium vereinbart, so daß der Vertragsabschluss in Ruhe erwartet werden kann.

Schwieriger ist der Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, die zur Stunde noch nicht abgeschlossen sind, aber doch im Zeichen des 10. Januar stehen, mit dem zwischen Deutschland und Frankreich der vertragslose Zustand angebrochen ist. Die neuerdings von Frankreich vorgelegte Erhöhung seiner Minimalzollsätze läßt an Frankreichs erstem Willen zweifeln. Man will dort in Paris wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen gegenüber Deutschland auf handelspolitischem Gebiet vertraglich verankern. Ob das von Frankreich vorgeschlagene Provisorium durch Deutschland endgültig abgelehnt wird, entscheidet sich in den nächsten Tagen.

Zwischen den Mächten der Pariser Finanzministerkonferenz ist eine Einigung über die Hauptstreitpunkte erzielt worden, die sicher zum Beschluß der Konferenz erhoben wird. Die von den vertraulichen Beratungen ausgeschlossenen Staaten haben, soweit es sich um europäische handelt, nichts zu sagen. Leidtragend sind außer dem Kleinverband, den Polen und Griechen die Belgier, die von ihrem Vorrecht auf Vorausbefreiung ihrer Schadensforderungen etwas nachlassen und sich Herabsetzung ihres Gesamtanteils an den deutschen Entschädigungen auf die Hälfte (von acht auf vier Prozent) gefallen lassen müssen. Ein Pfaster auf diese Wunde wird sein, daß man ihnen 150 Millionen Goldmark, die sie von der Ruhrbeute zu viel erhalten haben, anscheinend lassen will. Man hat sich nämlich darüber geeinigt, über das heillosen Durcheinander in der Durchführung der Ruhrtrüber gnädig den Vorhang fallen zu lassen. Daraus ergibt sich schon, daß auch Deutschland zu den Kosten der Einigung beitragen soll. Denn wenn uns nur das auf die noch festzulegende Gesamtentschädigung angerechnet werden soll, was die Räuber selbst in offenkundig betrügerischer Durchführung uns antehnen wollen, so gehen uns schon beträchtliche Summen verloren. Die Rechnung, die man in Paris aufgemacht hat, die aber nach Feststellung der belgischen Mehrerinnahmen sehr falsch ist, lautet nach dem „Tempo“: Der Ertrag der zwanzigmonatigen Ruhrbesetzung ist insgesamt 982 Millionen Goldmark, nämlich 492 Millionen Sachleistungen, 490 Millionen Bargelieferungen. Nach Abzug von 184 Millionen allgemeinen Befehungskosten verbleibt ein Nettobetrag von 798 Millionen. Von den 492 Millionen Sachleistungen hat Frankreich 318 Millionen, Belgien 114 Millionen und Italien 160 Millionen erhalten. — Die Engländer standen bisher auf dem zweifellos rechtlich einwandfreien Standpunkte, daß von den Ein-

nahmen die rein militärischen Unkosten des Ruhrabenteuers nicht abzuziehen seien, daß vielmehr Frankreich und Belgien die durch ihren Vertragsbruch entstandenen Kosten selbst tragen müßten. Davon hat sich Churchill abdrängen lassen. Wieder auf Deutschlands Rechnung gehen also die 100 Goldmark-Millionen, die der militärische Spoziergang mit seinen Ausschreitungen gekostet hat.

Dagegen werden die amerikanischen Befehungskosten auf die Dawes-Erträge übernommen.

Der franke Kohlenbergbau

W.W. Es gibt viele, die dem Kohlenbergbau ein baldiges Ende prophezeien. Der Grund hierfür soll weniger in einer baldigen Erschöpfung der in erreichbarer Tiefe lagernden Kohlenlager als vielmehr in technischen Fortschritten liegen. Das fließende Wasser, der Wind sowie Ebbe und Flut sind allerdings unerschöpfliche Energiequellen, die zur Kraft- und Wärmegewinnung ausgenutzt werden können. Die Durchführung großer Projekte scheitert allerdings vorläufig noch an den gewaltigen Kapitalbeträgen, die aufgebracht werden müßten, um ein Kraftreservoir zu schaffen, welches die Verwendung von Kohle entbehrlich machen könnte. Besonders das kapitalarme Deutschland wird die ihm verbliebenen Kohlenlager möglichst vollständig auszunutzen suchen, um nicht wirtschaftlich und politisch hoffnungslos ins Hintertreffen zu geraten.

Diese Erwägungen müssen den Wirtschaftskritiker und auch den praktischen Politiker veranlassen, die zurzeit im deutschen Kohlenbergbau herrschende Krise nicht durch Drosselung der Produktion, sondern vielmehr durch Erweiterung der Absatzmöglichkeiten zu lösen. Der Ruhrkohlenbergbau hat kürzlich interessante Zahlen über die Selbstkosten errechnet, die durchschnittlich bei der Förderung einer Tonne Kohle entstehen. Fast die Hälfte der gesamten Selbstkosten entfällt auf Arbeiterlöhne und Angestelltengehälter, nämlich 8,10 von einem Gesamtbetrag der Selbstkosten in Höhe von 16,65. Zu dem Aufwand an Löhnen und Gehältern kommen dann noch Versicherungsbeiträge in Höhe von 1,12 Mark, die auch als ein Teil des Entgeltes für Arbeitsleistung anzusehen sind. In den letzten Monaten des Jahres 1924 haben die westdeutschen Steinkohlenscheunen an der Tonne Kohle durchschnittlich 1,30 Mk. zugezahlt. Diese Last war nur tragbar, da in diesen Monaten die Reichsregierung 120 Millionen Goldmark als Entgelt für einen Teil der seinerzeit gratis durchgeführten Ricum-Lieferungen auszahlte. Nicht nur die Interessenten des Bergbaus, sondern alle, die für eine nationale Wirtschaftspolitik eintreten, haben die Pflicht, den deutschen Kohlenbergbau vor der erschreckend fortschreitenden inneren Auszehrung zu bewahren.

In großen Teilen Deutschlands — ja man kann sagen, nahezu in der Hälfte des deutschen Reichsgebiets — kann die deutsche Ruhrkohle mit britischer Kohle nicht konkurrieren. Im deutschen Kohlenpreis reden 1,20 Mk. Steuern und weitere 1 Mk. Unkosten darin, welche letztere zum erheblichen Teil aus Zins- und Tilgungsraten für Leihkapital bestehen. Dazu kommt noch, daß die Eisenbahnfrachten in Deutschland sehr viel höher sind als in anderen Ländern. Die genannten Selbstkostenfaktoren lassen sich natürlich nicht ohne weiteres herabdrücken. Um so notwendiger ist es aber, daß alles vermieden wird, wodurch die Unkosten absolut und relativ erhöht werden. Hierzu gehören eine abermalige, nicht durch erhöhte Lebenshaltungskosten bedingte Erhöhung der Löhne und Gehälter, übertriebene, mit unserer traurigen Wirtschaftslage unvereinbare soziale Ansprüche und in erster Linie die von radikalsten Gewerkschaftskreisen geforderte Abschaffung der achten Schichtstunde. Gewiß haben die Arbeitnehmer im Bergbau das Recht, von den Bescheidnehmern einen reichlichen Aufwand maschineller Hilfsmittel zu fordern. Im Vergleich zur Vorkriegszeit sind auch unzulängliche Fortschritte erzielt worden; so ist allein die Zahl der verwendeten Bohrhammer auf mehr als das Dreifache des Standes vom Jahre 1914 gestiegen. Verkürzter technischer Ausbau ist aber in erster Linie eine Geldfrage und damit abhängig von der Möglichkeit der Kapitalbeschaffung. Würden jetzt die Bergarbeiter ihre unerfüllten und leider in hohem Grade unerfüllbaren Wünsche in Bezug auf den technischen Ausbau der Gruben zum Vorwand nehmen, um ihre erwähnten Forderungen mit Gewalt durchzusetzen, so würden sie dem kranken deutschen Bergbau den Todesstoß einimpfen.

Rundgebung des Rheinlandes

Am Sonntag fanden in Berlin wie im Rheinland machtvolle Kundgebungen gegen die Verweigerung der vertragsmäßigen Räumung der Kölner Zone statt. Unter Führung des Kölner Oberbürgermeisters Dr. Adenauer waren beim Reichskanzler führende Persönlichkeiten aus dem besetzten Gebiete erschienen, um sich bei der Regierung zu erkundigen, was sie gegenüber dem vertragswidrigen und erbitternden Vorgehen der Alliierten zu tun gedenke.

Reichskanzler Dr. Marx führte in längerer Aussprache aus, daß die Reichsregierung bemüht sei, so rasch als möglich auf dem Wege von Verhandlungen eine Lösung zu finden.

In seiner Antwort auf die Ansprache des Kanzlers kam Dr. Adenauer auch auf das „traurige Schauspiel“ der gegenwärtigen Regierungskrise zu sprechen. Mit tiefer Besorgnis habe man besonders im Rheinland gesehen, daß es in Deutschland nicht möglich war, in den wichtigsten Wochen eine verhandlungsfähige Regierung zu bilden.

Am Sonntag fand beim Reichspräsidenten ein Empfang des Arbeitsausschusses deutscher Verbände und des Reichsverbands der Rheinländer statt, der eine Protestklärung gegen die verweigerte Räumung übergab.

In Köln hatten sämtliche politische Parteien Versammlungen veranstaltet, in denen gegen die Nicht-Räumung der Kölner Zone entscheidender Protest eingelegt wurde. In allen Versammlungen wurden Entschlüsse gegen die Nicht-Räumung angenommen.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen

Paris, 12. Jan. Staatssekretär Dr. Trendelenburg hatte mit dem Handelsminister Ragnaldo eine Unterredung, die annähernd drei Stunden dauerte. Nach deren Beendigung ist folgendes von der deutschen und französischen Wirtschaftsdelegation verabredete gemeinsame Communiqué veröffentlicht worden:

Staatssekretär Dr. Trendelenburg hat heute dem französischen Handelsminister Ragnaldo die Stellungnahme der deutschen Regierung sowohl über den von Frankreich vorgeschlagenen modus vivendi wie über das Gesamtproblem der Handelsvertragsverhandlungen bekannt gegeben. Eine nochmalige Zusammenkunft der beiden Delegationsvorsitzenden ist für Montag vereinbart, um die von dem Vorsitzenden der deutschen Delegation abgegebenen Erklärungen weiter zu prüfen und zu erörtern.

In der Nacht auf den Sonntag um 12 Uhr ist in den Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland der vertragslose Zustand eingetreten. Es wird — daran ist nicht zu zweifeln — wegen der erheblichen Kontingente für Frankreich ungemein peinlich zu tragen sein. Somit dürfte zunächst Frankreich nicht viel unter ihm leiden, weil unser reichlich überalterter autonomer Tarif kein sehr geeignetes Mittel zur Führung von Zollkriegen darstellt. In diesen Zeitläuften braucht man einen Zolltarif mit Maximalsätzen; der aber ist auf dem Wege parlamentarischer Verhandlungen im Augenblick nicht zu schaffen. Es wird deshalb angenommen, daß dem Reichstag in allernächster Zeit ein Ermächtigungsgesetz zugehen wird, auf Grund dessen dann ein Maximaltarif festgesetzt werden dürfte.

Neues vom Tage.

Um die Regierungsbildung

Berlin, 12. Jan. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, verhandelte Reichsfinanzminister Dr. Luther am die Mittagsstunde mit den Vertretern der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Bei den Verhandlungen Dr. Luthers mit dem Zentrum am heutigen Vormittag gaben die Zentrumsvorsteher ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß im gegenwärtigen Augenblick ein Kabinett mit fraktioneller Bindung nicht möglich sei. Es komme nur ein sogenanntes überparteiliches Übergangskabinett in Frage.

Dr. Luther noch auf der Suche

Berlin, 12. Jan. Finanzminister Dr. Luther hat bei seinen Besprechungen am Montag mit den einzelnen Parteiführern alle Möglichkeiten einer Kabinettsbildung durchberaten. Es ist jedoch kaum zu erwarten, daß die Verhandlungen schon so weit gediehen werden, daß Dr. Luther den Auftrag zur Kabinettsbildung sich formell geben läßt. Von der Deutschen Volkspartei war allein der Fraktionsvorsitz-

gende Dr. Schulz beim Finanzminister und hielt sich seine endgültige Stellungnahme zu den Plänen des Finanzministers noch vor. Er hat zur Beratung mit seinen Parteifreunden den Vorstand seiner Fraktion für Dienstag nachmittag zu einer Sitzung berufen. Von den Demokraten waren die fraktionsnahen Röh, Erdelenz und Haas bei Dr. Luther erschienen. Nach einer sehr eingehenden Aussprache führte nicht zu irgendwelchem praktischen Ergebnis, da die demokratischen Parteiführer ihre bisher unveränderte Haltung beibehielten. Die am Vormittag stattgehabte Besprechung der deutschnationalen Fraktionsführer Schiele, Graf Bellary und Dörens soll in einer Vorstandssitzung der Fraktion erörtert werden.

Vom Reichstag

Berlin, 12. Jan. Auf die Tagesordnung der Plenarsitzung des Reichstages am Mittwoch wird der Präsident vorläufige Anträge aus dem Hause stellen, nämlich einige schwebende Anträge auf Einsetzung von Strafoberbehörden gegen Abgeordnete, einen Antrag von Abg. Rheinbaben (D. Rp.) auf Aenderung der Ordnung in Bezug auf kleine Anträge, einen Antrag des Abg. Schäfer (Dem.) auf Wiedereröffnung des Untersuchungsausschusses für die Kriegsschuldfrage und einen sozialdemokratischen Antrag in Bezug auf die Erwerbslosenfürsorge. Die Ansetzung der Regierungserklärung bleibt noch vorbehalten.

Die Plenarsitzung des Reichstages ist auf Mittwoch nachmittag 4 Uhr berufen worden. Von den Fraktionen hat für heute nur das Zentrum auf nachmittags 4 Uhr eine Sitzung berufen.

Der Reichsfinanzminister Dr. Luther erschien schon am frühen Vormittag im Reichstagsgebäude und verhandelte mit den Zentrumsabgeordneten Lehrenbach, Siegerwald, Petold und Zoss.

Einpruch des Reiches gegen die Gehaltssteigerung in Baden
Leipzig, 12. Jan. Der Reichsgerichtshof in seiner vorgeschriebenen Besetzung von drei Reichsgerichtsräten, zwei Mitgliedern des Deutschen Reiches und zwei des Bundesstaats Baden berieten in nichtöffentlicher Sitzung über den Einpruch des Deutschen Reiches gegen die badische Erhöhung der Beamtengehälter der unteren Gruppen um 20 Prozent, im Gegensatz zum Reich, welches nur 12 Prozent bewilligt hatte. Der demokratische Abgeordnete des badischen Landtags, Dr. Glöckner, sowie der Präsident des katholischen Oberstufenamtes, Dr. Schmitt, haben die Interessen der badischen Regierung vertreten. Der Einpruch des Reiches wurde als begründet anerkannt, die Kosten des Verfahrens dem badischen Lande auferlegt.

Deutschlands Reparationszahlungen nach dem Dawesplan

Berlin, 12. Jan. Nach einer vom Büro des Generalagenten für Reparationszahlungen veröffentlichten Uebersicht hat er seit Anfang September 1924, d. h. seit der Errichtung seines Büros, insgesamt 280,29 Millionen Goldmark, wovon auf England rund 85,86, Frankreich 113,65, Italien 23,52 und Belgien 29,56 Millionen entfallen. Die Gesamtleistungen an Japan, Jugoslawien, Portugal, Rumänien und Griechenland erreichen eine Höhe von 14,97 Millionen. Die Zahlungen für die interalliierten Kommissionen betragen 17,47 Millionen. Als Zahlung aus dem Reparationsentschädigungsakt sind gebucht für England im Dezember 4,19 und für die letzten 4 Monate 51,47, für Frankreich im Dezember 178,655, insgesamt 1,922,284 Millionen. Als Zahlungen an die französisch-belgische Okkupationsarmee sind rund 20 Millionen und für Requisitionen, Schadenersatzleistungen und Lieferungen aus dem Rheinlandsabkommen 39,34 Millionen eingezahlt. Die Kohlenlieferungen an Frankreich, Italien und Belgien erreichen einen Wert von 53,9 Millionen. Die Kosten für den Transport sind mit 28,6 Millionen und schließlich die Lieferungen an Farbstoffen, pharmazeutischen Produkten und künstlichem Dünger an England, Frankreich, Italien und Belgien mit 15,6 Millionen Goldmark gebucht.

Der Presse-Konflikt in Köln

Köln, 12. Jan. Die Kölner Zeitungen bringen über die gestrigen Rundgebungen der politischen Parteien gegen die weitere Besetzung der nördlichen Zone über den 10. Januar hinaus keine Berichte, sondern erwähnen nur kurz die Tatsache, indem sie hinzufügen, daß sie aus besonderen Gründen von einer genaueren Berichterstattung über die Versammlungen absehen müßten.

Deutsch-amerikanische Reichsbegünstigung

Washington, 12. Jan. Wie die „Associated Press“ meldet, befindet sich die Konferenz, die eine deutsch-amerikanische Vereinbarung über die weitere Anwendung der Reichsbegünstigung abgeschlossen wurde. Die deutsch-amerikanische Handelsverträge liegen nach dem Senatsratifizierung für auswärtige Angelegenheiten vor. Für eine baldige Ratifikation sei wenig Aussicht vorhanden.

Des Reichsanwalters neues Amt. Der Reichspräsident hat den Reichsanwalt Marx bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete betraut.

Austritt des Staatssekretärs Hughes

Paris, 12. Jan. Aus Washington wird gemeldet, daß Staatssekretär Hughes am 4. März endgültig aus seinem Amte ausscheiden werde. Zu seinem Nachfolger ist der amerikanische Konsul in London, der Amerika zurzeit auf der Finanzkonferenz vertritt, ausersehen. Hughes' Austritt wird seinem Wunsche zugeschrieben, nach 20jähriger Weltumkehr im öffentlichen Leben nunmehr wieder als Anwalt tätig zu werden. Entgegen anderslautenden Meldungen, verließen nahe Freunde Hughes, daß er noch einige Monate lang die Geschäfte des Staatssekretariats führen werde. Kellogs Ernennung zum Nachfolger Hughes' wird in amtlichen Kreisen von London als weiterer Schritt zur Aufrechterhaltung des amerikanischen Einvernehmens zwischen den beiden englisch forschenden Ländern begrüßt.

Rampfanlage an Herriot

Paris, 12. Jan. In Rouen fand am Sonntag eine Sitzung der Nationalrepublikanischen Liga statt, in deren Verlauf der ehemalige Präsident der Republik, Mitterrand, eine Rede hielt, die nichts anderes als eine scharfe Kampfanzeige an das jetzige Regime ist, das er ein Regime der Rückschrittlichkeit nannte. Er erinnerte an die kommunistische Gefahr, die die jetzige Regierung durch ihr Stillstehen und durch ihre Kapitulation begünstigt habe, vor allem durch die Tatsache, daß sie die Sowjetregierung anerkannt habe. Mitterrand beschloß alsdann die finanziellen Fragen, die nach seiner Ansicht die Regierung des Vorkriegs nicht habe lösen können. Die finanziellen Schwierigkeiten erklärte er sich aus dem Zerfall Deutschlands (1). Das jetzige Kabinett habe es nicht verstanden, die Frage der Räumung des Norddeutsches mit der Räumung der Rheinzone und mit der Frage des Abchlusses eines französisch-deutschen Handelsabkommens, sowie mit der Regelung der im Norden Schulden zu verbinden. Man hätte von dem Deutschen Reich auch die Versicherung verlangen müssen, daß die Annahme des Dawesplanes mit der Annahme des Friedensvertrages von Versailles gleichgestellt werde. Vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund müsse man es daran erinnern, daß es nicht in der Lage sei, irgendwelche Friedensverträge von Versailles wieder zur Diskussion zu stellen. Mitterrand beschloß schließlich, daß der Senat, daß er der Politik der Rückschrittlichkeit Widerstand geleistet habe.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 13. Januar 1925.

Vorsitzensversammlung des Bezirkskriegsverbandes Nagold. Am letzten Sonntag nachmittag fand im „Waldhorn“ in Bernau die ordentliche Vorsitzensversammlung des Bezirkskriegsverbandes Nagold statt, bei der 52 stimmberechtigte Mitglieder anwesend waren. Bezirksobmann Siegler begrüßte die Vertreter und hieß zugleich den anwesenden Oberleutnant Freiherr v. Gültlingen-Scheffer herzlich willkommen. Der im verflochtenen Vereinsjahr verstorbenen 31 Mitglieder des Bezirksverbandes wurde durch Erheben von den Sitzen ehrend gedacht und dann in die Verhandlungen eingetreten. Der Bezirksvorsitzende berichtete über den kürzlich erfolgten Besuch des Bundespräsidenten Oberleutnant v. Hausr bei der Bezirksleitung und über die Tätigkeit des Bezirksverbandes im verflochtenen Jahr. Der Kassenbericht wies einen erfreulichen Stand der Kasse auf. Der Bundesbeitrag wurde, wie bekanntgegeben wurde, auf 1.40 pro Mitglied und Jahr erhöht, der Beitrag zur Verbandskasse und Sterbepflichte belassen. Eine recht lebhaftige Aussprache hatte die Festlegung des Bezirkskriegsverbandes 1925 zur Folge. Schließlich wurde bei der starken Beteiligung um den Bezirkskriegsverband beschlossen, 1925 zwei Bezirkskriegsgerichte abzuhalten, und zwar in Eßringen, wo der Verein das 50jährige Jubiläum begehen will, im Monat Juni, und in Lohrthalheim, wo das 25jährige Jubiläum feiert werden soll, und dessen Verein der Bezirkskriegsgerichte schon vor Jahren zugestimmt war, einen Monat später. Unter verschiedenen Berichten der Bezirksobmann, daß im letzten Jahr bei 19 Unterstützungsgesuchen 260.000 bewilligt wurden. Von der Verbandsführung und vom Bund wird angestrebt innerhalb der Kriegsverweine Schützenabteilungen zu gründen oder bestehende wieder aufleben zu lassen. Mit verschiedenen Ansprüchen fand sodann die Vorsitzensversammlung ihren Abschluß.

Eine Warnung für stellenjüngende Mädchen. Ein Prozess, der jungen, unerfahrenen Mädchen, Eltern und Vormündern zur ernsten Warnung dienen soll, wurde vor kurzem vor dem Schöffengericht Karlsruhe verhandelt. Ein Billensbesitzer hatte in den letzten Jahren in kleineren badischen Zeitungen, vor allem des Schwarzwalds, durch Anzeigen eine Haus- und Pflegerin gesucht, „möglichst schlant, volle Figur, unabhängige Waize bevorzugt“. Gelegenheit für einfachen Haushalt, Nähen, Schneidern, Musik, Sport wurden in Aussicht gestellt. Im Laufe des Strafverfahrens hat sich erwiesen, daß der Billensbesitzer eine Reihe junger Mädchen, die nacheinander auf die Anzeige hin bei ihm in Stellung getreten waren, unter Ausnutzung ihrer Jugend und ihrer Stellung verführt hatte. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Vergehens gegen § 134 3. 4 StGB. zu einem Monat Gefängnis, weil er mit den Zeitungsanzeigen öffentliche Ankündigungen erteilt hatte, die dazu bestimmt waren, unzünftigen Verleher herbeizuführen. Der Prozess, durch den mit begriffener Strafe ein gemeingefährliches Treiben geahndet wurde, zeigt aufs neue, welche große Vorsicht gegenüber derartigen Inseraten geboten ist, die übrigens schon durch ihre Fassung erfahrenen Lesern ihren nicht einwandfreien Charakter zeigen.

Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von Pflanzanlagen. Die Errichtung und der Betrieb von Pflanzanlagen jeder Art (also zum Sünden und zum Gärten) unterliegt der Genehmigung der Bezirksregierung. Wer vorsätzlich entgegen den Bestimmungen der Verordnung zum Schutze des Frankens vom 8. März 1924 eine Pflanzanlage errichtet oder betreibt, wird mit Gefängnis bestraft. Der Versuch ist strafbar. Wie aus verschiedenen Vorkommnissen zu sehen ist, bestehen an dieser Sache noch vielfach Unklarheiten. Wer sich mit ernstlichen Unklarheiten auszuweisen will, muß vor der Errichtung einer Pflanzanlage für den Unterrichtsministerium die schriftliche Genehmigung der Bezirksregierung einholen. Sie wird durch je. 30. 1. 1924 anlässlich demittelt.

Erstarrung für Studierende der Landwirtschaft. werden die vom Minister der Landwirtschaft, Domänen und Forsten und dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 24. Dez. 1924 neu erlassenen Bestimmungen über die Erstarrung für Studierende der Landwirtschaft (Landwirtschaftlichen Hochschulen und mit landw. Anhängen verbundenen) in Kraft treten. Die Bestimmungen über die Erstarrung für Studierende der Landwirtschaft bekannt gegeben.

Calw, 11. Jan. Das Gaswerk hatte einen auffallenden Gasverlust von etwa 15 Prozent. Es wurde angenommen, der Verlust rührte vom Rohrnetz her, da noch eine Anzahl Deigasrohre vorhanden sind. Der technische Berater des Gaswerks, Direktor Heinrich (Hörzheim), hat nun aber festgestellt, daß das Rohrnetz an dem Gasverlust keine Schuld trage, daß vielmehr der Verlust wahrscheinlich auf die vielen alten Gasmeter zurückzuführen sei. Der Gemeinderat hat deshalb beschlossen, sofort 30 neue Gasmeter anzuschaffen und die über 20 Jahre alten Gasmeter zur Reparatur zu geben; für letzteren Zweck wurden zunächst 3000.000.000.000 ausgelegt. Die Gasmeterkontrolle soll in Valde auf alle Gasmeter ausgedehnt werden. An der Gewerbeschule sollte wegen der hohen Schülerzahl mit Beginn des neuen Jahres ein weiterer hauptamtlicher Lehrer angestellt werden. Die Ministerialabteilung für die Hochschulen, die auf die Angestellung eines Lehrers seinerzeit gedrängt hat, hat nun mitgeteilt, daß zurzeit kein Lehrer zur Verfügung stünde und ob dies mit Beginn des neuen Schuljahres möglich sei, sei noch ungewiß, da es darauf ankomme, ob im Staatshaushalt die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Es werde der Stadtverwaltung aber empfohlen, auf eigene Kosten einen weiteren Lehrer anzustellen. Der Gemeinderat lehnt dieses Ansinnen rundweg ab, da der Staat neuerdings die Absicht verfolge, große Teile der Schullasten auf die Gemeinden abzuwälzen. Bei den höheren Schulen habe man einen Lehrer vollständig auf die Gemeindefolge übernommen, es gebe also nicht an, auch einen Lehrer der Gewerbeschule ganz zu übernehmen. Die Lasten würden für die Gemeinden zu groß. Die Gewerbeschule muß nun mit den bisherigen Lehrern auskommen und entweder die notwendigen Ueberstunden geben oder eine Kürzung des Unterrichts eintreten lassen. Auch an der Frauenarbeitschule ist es nicht möglich gewesen, eine weitere Lehrerin, auch keine niedergeprüfte, zu bekommen. Den Unterricht wird deshalb die im Ruhestand befindliche seitberige Schuldirektorin erteilen. Im letzten Monat sind 11 Erkrankungen an Typhus vorgekommen. Es wurden sofort alle Vorsichtsmaßregeln und Untersuchungen getroffen. Es wurde nun einwandfrei festgestellt, daß die Krankheit nicht durch Wasser, sondern durch hierher von einem Nachbarort eingeführte Milch erzeugt wurde. Sämtliche Erkrankte hatten von ein und derselben Milchhändlerin die Milch bezogen. Die Zufuhr dieser Milch wurde nun sofort gesperrt und es sind neue Erkrankungen nicht mehr vorgekommen. Weitere Maßnahmen wurden von den Behörden ergriffen, um einer Ausbreitung der Krankheit vorzubeugen.

Calw, 11. Jan. (Eine beachtenswerte Aufwertung.) Der Gemeindeverband Elektrizitätswert Teinach macht die Mitteilung, daß er die Guthaben der Gläubiger auf 50 Prozent aufwerte und den Vorgang vom 1. Januar an mit 5 Prozent verzinst; dieser Vorgang ist sehr zu begrüßen und von andern Gesellschaften nachahmenswert.

Wilbhad, 12. Jan. (Die Arbeitslosigkeit.) In der letzten Sitzung des Gemeinderats bedauerte der Vorsitzende die wieder zunehmende Arbeitslosigkeit und teilte mit, daß er, um dieselbe zu verringern, sich an die Reichsbahnverwaltung gewandt habe mit der dringenden Bitte um Fertigstellung des zweiten Gleises auf der Strecke Wilbhad-Calmloch; bis jetzt habe er jedoch keine Antwort erhalten. Auch an das Badener Werk (Murgtal) habe er sich gewandt, aber den Bescheid erhalten, daß zurzeit die Einstellung weiterer Arbeitskräfte nicht möglich sei. Eine Ingenieurfirma habe übrigens ein Darlehen von 300.000 G.W. zu 10 bis 10.25 Prozent für das Rollwasserkraftwerk in Aussicht gestellt, wenn ihr die Ausführung des selben übertragen würde. Die Wassermengenprognosen für das Projekt seien bereits vorgenommen worden und haben ein sehr günstiges Resultat ergeben. — Die Sorge bezüglich der Arbeitslosen steige täglich, da das letzte Darlehen schon wieder aufgebraucht sei. Deshalb wäre eine baldige Inangriffnahme des Rollwasserkraftwerks sehr zu begrüßen.

Vom Ruhestein, 12. Jan. (Vom Schneehühnersport.) Bei prächtigem Wetter und ausgezeichnetem Schnee wurde gestern auf dem Ruhestein die dritte Schneehühnerveranstaltung Schwabens in diesem Jahres im Winter durchgeföhrt vom Sv. Baiersbronn. Ein Sonderzug brachte die Stuttgarter Jungfreizeiter zu uns. Auch unsere Nachbarstädte Baden waren vertreten. Zwischen Baiersbronn und Ruhestein war ein Autodienst eingerichtet. Leider meisterten die Autos auf halber Höhe den Schnee nicht mehr. Auch der Extrazug kam um eine Stunde zu spät an. So konnte nur der kleine und der große Langlauf und der Sprunglauf abgehalten werden. Der Hindernislauf mußte ausfallen. Besonders erwähnt sei, daß der bekannte Springer Billy Did aus Deutschböhmern bei uns gastierte. Gaumeister wurde der Baiersbronner Wilhelm Braun.

Stuttgart, 12. Jan. (Finanzausschuß.) In der Sitzung des Finanzausschusses wurde die Frage eines Zuschusses zu Referendare erledigt. Der Finanzminister äußerte sich zunächst grundsätzlich ablehnend, erklärte sich jedoch schließlich nach Einwendungen des Zentrumsmittglieds bereit zur Gewährung eines Unterhaltszuschusses an solche, die an einem landw. Orte Ausbildung erhalten und besonders tüchtig sind. Der Berichterstatter Schöps verlangte, daß der Zuschuß nur solche erhalten, die ihn tatsächlich brauchen. Schließlich wurde ein Antrag Bod (N.r.) angenommen, die Zuschüsse wieder in der Form einzuführen, daß sie an diejenigen tüchtigen Referendare gerichtet werden, welche die Zuschüsse beantragen und deren wirtschaftliche Lage sie rechtfertigen. Weiterhin wurde ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen einstimmig angenommen, bei der Reichsregierung mit Nachdruck auf die Wiedererrichtung bewährter Ortsschulräte in Württemberg hinzuwirken. Verschiedene Redner des Zentrums besprachen die Forderung der durch Hagel bedingten Gemeindefürsorge in den Oberämtern Schöningen, Althaus und Blaudenzen. Der Finanzminister teilte mit, die Fortbildung habe die Fortbildung angewiesen, die Gemeindefürsorge die durch Hagel in schwere Lage geraten sind, mit 2.000.000.000.000. Bei Kapitel 73 (Stat. Landesamt) wurde der Finanzminister, daß in Aussicht genommen sei, die württ. Statistiker für Statistik u. d. Landesamt wieder erscheinen zu lassen und das württ. Landesamt im Jahr

da. Es eine Schiffsabteilung hat. Bei No. 77 (Hochbau) gab der ... auf folgenden ... Frage ... aber von ... der Arbeiter in der ... Der Umbau ... 80 000 Mark. Der ... die Tätigkeit der ... die Vergütung der ... dass die ... in der Stadt ... werden. Folgender ... mit 8 Ja gegen 4 ... angenommen: Die ... zu erlangen, die ... durch ... vor ... an die ... und ... in ... und ... wo die ... ist, abwechselungs- ... und an den ... den ... einzuhalten.

Von der Deutschen Volkspartei. Wie schon gemeldet, findet am 18. Januar im Festsaal der ... 11 Uhr die ... der ... verbunden mit einer ... Prof. Dr. Kahl spricht über die ... des 18. Januar.

Salz a. N., 12. Jan. (Gewisse Munitionsliefer.) Wegen Ende des Jahres 1924 wurde aus dem ... des Kaufmanns ... ein ... Sprengstoffe und Sprengstoffe ... In der ... wurde nun offenbar von dem ... gemacht, mehrere ... darauf hin, ebenso eine ... auf der ... einem ... Nun ist ... alle drei am ... Personen ... Sie hatten den ... in dem etwa 1 km. von ... unter dem ... - etwa 10 kg. Sprengstoff und mehrere ... konnten wieder ... werden.

Chingen, 12. Jan. (Mord- und Selbstmordversuch.) Der ledige Eugen Daiber, ohne Beruf, hat in ... der ... seiner ... Maria mehrere ... im ... Tat sich selbst ... drei Personen ...

Weikersheim, 12. Jan. (Kirche und Aufwartungsfrage.) Der ... hat an den ... eine öffentliche ... Kirchenbund ... worin dafür ... bis zur ... der ... während ... werden die zu ...

Kleine Nachrichten aus dem Lande.

Nachts wurde im Viehstall des ... durch fremde ... einen ... werden, ehe ...

Beim Straßenbau Kappoltschhofen bei ... kam durch einen ... ins ... von ... geriet und sich ...

In Herber ... ist der ... Sohn des ... in der ...

In einer der letzten Nächte haben in ... Hunde unter der ... 25-30 Schafe waren mehr oder weniger ...

In Rosenhartz, ... brach ... im ... der ...

Auf dem Bahnhof in ... wurde bei ... der ...

In Mündingen, ... machte sich ein ... zu schaf- ...

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Ein Reichsarbeitsvertrag: des Versicherungsgewerks. Im Reichsarbeitsministerium erfolgte am Samstag der Abschluss eines neuen Reichsarbeitsvertrags für die Angestellten im Versicherungsgewerbe. Nach der ... Vereinbarung wird der alte Tarifvertrag auch im wesentlichen für 1925 wirksam bleiben. Die Gehälter werden um 10-20 Prozent erhöht.

Urteil gegen eine Steinerbroschüre. Das Obergericht des Kantons Solothurn erklärte als Berufungsurteil ebenfalls seinezeit als Amtsgericht Dornach den anthroposophischen Vereinen Goethenäum und die anthroposophische Wochenzeitschrift, für welche Dr. Rudolf Steiner die Verantwortung übernahm, einer Verhöhnung schuldig. Die Klage wurde erhoben von ... wegen Verbreitung der Broschüre „Die christlichen Gegner Rudolf Steiners“ anthroposophie durch sie selbst widerlegt“ von Louis Werber in Hamburg, worin 24 christliche Gegner (18 Protestanten, 6 Katholiken), besonders der Hauptgegner, ... beschimpft waren. Steiner wurde zu einer Geldbuße von 200 Franken, zur ... des Urteils und ...

zu ... Kosten ... einer ... von 250 Franken ... Die Broschüre ... darf erst nach Auswertung des ... weiter verkauft werden.

Der französische Botschafter in Moskau. Der französische Botschafter ... ist am Sonntag in Moskau ... und am ... von dem ... des ... empfangen. Die ... dauerte ein- ... Stunden.

Ein Haarman in Rumänien. Wie die ... „Freie Presse“ zu berichten weiß, beginnt demnächst in ... (Rumänien) der ... gegen den Kaufmann und ehemaligen ... Jakob ... dem 14. ... gelegt werden. Er soll außerdem noch viele andere ... haben, die noch nicht ... werden können. Die ... hat er ihnen ... ab. ...

Für die Einführung des ... Die ... der ... nach der neuesten Nummer der ... „Das Evangelische Deutschland“ in letzter Zeit nicht unbedenklich ... ohne daß der ... durch geeignete ... die ... wird. Da ... ein beträchtlicher Teil der ... in strafwürdiger ... sondern aus ... gemacht wird, andere wiederum aus ... Vorurteilen ... wie z. B. ... über ... die ... die ... der ... die ... der ... die ... der ...

Belting's neue elektrische Straßenbahn. Eine riesige ... war vorige Woche auf den ... und ... um sich die ... der ... anzu- ... deren ... der ... die ... der ... die ... der ...

Ein Versuch der Silberfuchsjagd im ... Nach einer ... sind dieser Tage in Paris aus den ... 45 Silberfuchse ... die in ... im ... untergebracht und zu ... verwendet werden sollen. Die Tiere sind mit 90 000 ... versehen. In Frankreich ist dies der erste Versuch, der mit Silberfuchsen ... Bekanntlich wurde auch schon erwogen, in der ... zu ... ohne daß der Plan ... werden konnte. Der ... das ... der ... bildet, stellt eine ... dar und sein ... die der ...

Wildernde Katzen und Hunde.

In Jägerkreisen wird dauernd Klage geführt über die räuberische Art, in der Katzen- und Hundebesitzer ihre Tiere in Feld und Wald zum Schaden des Wildes ihr Unwesen treiben lassen.

Es soll deshalb darauf aufmerksam gemacht werden, daß der Jagdberechtigte gesetzliche Handhabe hat, sich hiergegen zu wehren. Nach Min.-Verfügung vom 23. Februar 1907 ist festgesetzt, daß nach Art. 40 des ... strafbar ist, wer Katzen oder Hunde im Wald und freien Feld umherstreifen läßt. Weiter trifft den Besitzer selbstverständlich die Pflicht für den angerichteten Schaden (auch Ertrag eines lebenden Hahnen oder Rebhens usw.) zu ...

Katzen darf der Jagdberechtigte nach dem Gesetz vom 24. Dezember 1906 ohne weiteres töten, wenn sie mindestens 600 Meter vom nächsten bewohnten Hause angetroffen werden.

Gegenüber wildernden oder behenden Hunden kann der Jagdberechtigte vom Selbsthilfeparagraphen 228 BGB Gebrauch machen und den Hund töten, wenn sein Wert noch außer Verhältnis zu dem Schaden steht, den er anrichtet, und der Schaden nicht anders abgewehrt werden kann. Dazu ist zu bemerken, daß es schwer fallen dürfte, einen jagenden Hund anders als mit einem sicheren Schuß von der ... des gefährdeten Wildes abzu- bringen. Aus Vorstehendem ergibt sich also, daß der Hundebesitzer gesetzlich gezwungen ist, auf seine Hunde aufzupassen. Und wenn schließlich der Jagdberechtigte trotz aller ... und ... immer wieder die ... im ... und dann von seinem ... bei passender Gelegenheit Gebrauch macht und den ... zur Abwehr der immer von neuem dem ... drohenden Gefahr abschießt, so hat der Hundebesitzer sich diese Folge seiner eigenen ... und ... selber zuzuschreiben.

Die ... haben schon häufig im Sinne des Selbsthilfeparagraphen erkannt und es ist eine durchaus irrtümliche, wenn auch häufig verbreitete Ansicht unter den Hundebesitzern, daß ein Jagdhund nicht zum Abschließen wildernder Hunde oder womöglich erst nach vorheriger Warnung berechtigt sei.

Konturje.

Das Konturje ... über das Vermögen der ... wurde durch ... am 9. Januar 1925 ... gemäß § 204 ... eingestuft.

Handel und Verkehr

Wöchentliche Berliner Preisliste vom 12. Januar 1925

Ware	10. Okt. 12. Okt.		12. Okt. 12. Okt.	
	Preis	Preis	Preis	Preis
Wacholder 1 Pflanz	1,60	1,60	1,60	1,60
Wacholder 1 Pflanz	20,11	20,11	20,11	20,11
Wacholder 1 Pflanz	4,10	4,10	4,10	4,10
Wacholder 1 Pflanz	170,19	170,19	170,19	170,19
Wacholder 1 Pflanz	20,24	20,24	20,24	20,24
Wacholder 1 Pflanz	64,54	64,54	64,54	64,54
Wacholder 1 Pflanz	17,57	17,57	17,57	17,57
Wacholder 1 Pflanz	75,10	75,10	75,10	75,10
Wacholder 1 Pflanz	22,51	22,51	22,51	22,51
Wacholder 1 Pflanz	12,01	12,01	12,01	12,01
Wacholder 1 Pflanz	60,08	60,08	60,08	60,08
Wacholder 1 Pflanz	1,00	1,00	1,00	1,00

Berliner Börse, 12. Jan. Die Börse eröffnete in ziemlich lecher Tendenz. Neben dem ... der ... durch ... über die ... die ... die ...

Frankfurter Börse, 12. Jan. In ... war die ... der ... der ... der ...

Stuttgarter Börse, 12. Jan. ... und ... haben ... der ... der ...

Münchener Börse, 12. Jan. ... und ...

Münchener Viehmarkt, 12. Jan. ...

Münchener Probierenbörse, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...

Wochentliche Berliner Preisliste, 12. Jan. ...



Preis pro 1/2 Pfund nur 50 Pfg.

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis.

Sonder-Verkauf.

Um meiner werten Kundschaft entgegen zu kommen, gewähre ich vom 14. bis 28. Januar auf sämtliche

Manufakturwaren 10 Proz.,
auf Wollwaren bis 20 Proz. Rabatt

J. Kaltenbachs Nachf.

Chr. Beilharz
Egenhausen.

Ein
Jä-fr-Schwein



ca. 70 Pfund schwer, hat zu verkaufen. Wer? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Wart.
Verkaufe eine jüngere



Ruh

zum Schlachten
Johs. Schaible.

Bilder und Spiegel

empfiehlt preiswert die
W. Rieker'sche Buchhandlung
Altensteig.

Sie sparen Geld

Verlangen Sie sofort gegen Einzahlung von 10 Pfg. in Briefmarken ausführl. Katalog über

Fahrräder

1 Jahr Garantie 68 Mk. von

Nähmaschinen

5 Jahr Garantie 98 Mk. von

Gummi

Zubehörteile

EMIL LEVY

Hildesheim 369

Landw. Bezugs- u. Absatz-Genossenschaft

Altensteig.

Billigste Preise: Prima Qualität!
Günstige Zahlungsbedingungen!
Ab Lager lieferbar:

la Weiß- und Brotmehl
Zucker und Salz

Roggenmehl zu Futterzwecken

Roggenfuttermehl	Weizenkleie
Feinmehl	Gesammelmehl
La Plata-Haber	La Plata-Mais
Torfmelasse	" " Maismehl

Kälberaufzuchtmehl „Trimaltin“
Futterkalk

in Säcken zu 5 bzw. 4 Kilogramm.

Ferner:

Thomasmehl	Kalifalz
Kalkstickstoff	Kainit, fein u. grob

Schwefelsauren Ammoniak.

Infolge günstigen Abchlusses sind wir in der Lage Thomasmehl bei umgehender Bestellung noch zu alten günstigen Preisen und Zahlungsbedingungen abzugeben.

Fernsprecher Nr. 58.

Geschäftsstelle.

Schürzen aller Art in großer Auswahl
Ärmelschürzen, Trägerschürzen
Wienerschürzen, Holländerschürzen

Hauschürzen aus den verschiedensten Stoffen in eleganten Macharten

Schwarze Panamaschürzen für Kinder und Erwachsene

Weißer Schürzen für Kinder und Erwachsene

Farbige Kinderschürzen in allen Größen

Knabenschürzen in reizenden Formen

Paul Ränchle, am Markt, Calw.

Grömbach.

Langholz-Verkauf.

Am Donnerstag, den 15. Januar ds. Js., nachm. um 2 Uhr bringt die Gemeinde Grömbach auf dem Rathaus aus Abt. Laubenwald und Pfarwald

ca. 90 Fm. Langholz 2.—6. Kl.

im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf. Liebhaber sind eingeladen. Gemeinderat.

Der

Wandkalender
für 1925

ist auf schreibfähiges Papier gedruckt zu haben in der

Buchdruckerei ds. Bl.

Geschäftsbücher

empfiehlt in großer Auswahl die

W. Rieker'sche Buchhandlung
Altensteig.

Beuren.

Todes-Anzeige.



Verwandte und Bekannte benachrichtigen wir, daß Gott unsere liebe und treue Schwester, Schwägerin und Tante

Christine

am Montag Morgen im Alter von 52 Jahren schnell und unerwartet aus diesem Leben abgerufen hat.

Um stille Teilnahme bitten
Geschwister Erhardt.

Beerdigung am Mittwoch 1/2 Uhr.

Bettbarmente

in vielen Farben und erprobten Qualitäten

Bettfedern

in großer Auswahl.

Einzelne Bettstücke und ganze Betten können in kurzer Zeit fertiggestellt werden.

Damast : Bettzeug : Bettzitz
Leintuchstoffe : Kissenbezugstoffe
in überaus großer Auswahl.

Paul Ränchle, Calw
am Markt.

Für Wirte und Weinhändler

empfehle ich mein reichsortiertes Lager in nur erstklassigen, bestgepflegten

in- und ausländischen



Rot- und Weißweinen

zu sehr vorteilhaften Preisen. Bitte bei Bedarf Offerte bei mir einholen zu wollen.

Magin Fa, Tuttlingen
Weingroßhandlung und Spirituosen
Telefon Nr. 285.

Platzvertreter gesucht.